



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

10. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

derzeit wird das Verhältnis von uns zur **Türkei** sehr emotional diskutiert und bewegt die Menschen in Deutschland. Klar ist: der Nazi-Vergleich des türkischen Präsidenten Erdogan ist unterirdisch. Wer so spricht, disqualifiziert sich selbst. Wer in seinem eigenen Land die Grundrechte wie allgemeine Menschenrechte und Freiheit der Meinungsäußerung derart mit Füßen tritt, muss uns nicht in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie belehren.

Es ist allerdings auch klar, dass wir trotzdem einen klaren Kopf behalten müssen. Wir dürfen uns von einem Autokraten nicht provozieren lassen und müssen die Spirale der Eskalation vermeiden. Einerseits ist es völlig inakzeptabel, dass innertürkische Konflikte in unserem Land ausgetragen werden, andererseits stehen wir zu Recht zu unseren Werten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Das sind die Werte, auf die sich unsere Demokratie stützt. Deshalb wäre es nicht sinnvoll, ein generelles Versammlungsverbot mit Auftritten türkischer Regierungsmitglieder zu verhängen. Diese Entscheidung finde ich persönlich richtig, allerdings ist jemand, der unser Land als faschistisch beschimpft, in meinen Augen unerwünscht.

Informationsgespräch zum SuedLink

Der Stromtrassenbetreiber TenneT hat in dieser Woche zu einem Informationsgespräch geladen und verkündet, dass die Planungsunterlagen für die Erdkabeltrasse des SuedLink, inklusive einer Vorzugstrasse, ab dem 17. März bei der Bundesnetzagentur eingereicht werden. Die Vorzugstrasse verläuft jetzt in unserem Bereich von Zeven kommend östlich an Scheeßel vorbei, dann nördlich von Neuenkirchen, westlich von



Soltau und schließlich westlich von Wietzendorf in Richtung Bergen. Aus formellen Gründen wird eine Vorzugstrasse eingereicht, jedoch wird TenneT bei der Bundesnetzagentur dafür werben, die möglichen westlichen und südlichen Alternativtrassen genauso intensiv zu prüfen.

Die Trasse ist nun zu 100% als Erdkabelleitung geplant, nur auf expliziten Wunsch der Kommunen werden einzelne Abschnitte mit Überlandleitungen realisiert. Der

Geschäftsführer von TenneT, Lex Hartman, hat mir im Gespräch versichert, mit der Politik darüber reden zu wollen, wie die Landwirte



über das gesetzlich ohnehin garantierte Mindestmaß hinaus entschädigt werden können. Ich werde in Berlin weiterhin darauf achten, dass die Landwirte nicht die Verlierer der von vielen Seiten gewünschten Umplanung des SuedLinks von Überlandleitungen auf Erdkabel werden.

Deutsche Streitkräfte bei der EU-geführten Mission EUTM Somalia

Wir haben den Antrag auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Somalia beraten. Das Mandat wird bis zum 31.03.2018 mit unveränderter personeller Obergrenze von 20 Soldaten verlängert. Mit diesem Einsatz leisten unsere Soldatinnen und Soldaten einen Beitrag zur Stabilisierung der fragilen Staatlichkeit in Somalia sowie zum Aufbau einer funktionierenden, staatlich kontrollierten Sicherheitsarchitektur.

GKV-Arzneimittelversorgungsgesetz (AMVSG)

Patienten müssen sich auch künftig darauf verlassen können, mit hochwertigen und innovativen Arzneimitteln versorgt zu werden. Gleichzeitig muss die langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Gesundheitswesens gewährleistet sein. Daher haben wir in abschließender Lesung Maßnahmen zur Stärkung der Arzneimittelversorgung von gesetzlich Krankenversicherten und des Pharmastandortes Deutschland beschlossen.

Gesetz zu Regelungen der Gesichtsverhüllung

In erster Lesung wurden Regelungen zur Gesichtsverhüllung in bestimmten Bereichen beraten. So dürfen Beamte, Soldaten und Wahlhelfer bei Ausübung ihres Dienstes sowie bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug ihr Gesicht nicht verhüllen. Ausnahmen sind nur aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen vorgesehen. Die Möglichkeit des Abgleichs von Lichtbild und Gesicht einer Person etwa beim Behördengang soll durch weitere Regelungen sichergestellt werden.

Mir persönlich geht dieser Gesetzesentwurf nicht weit genug, ich hätte gern ein ausnahmsloses Verhüllungsverbot. Leider werden wohl diese Wünsche am derzeitigen Koalitionspartner scheitern.

Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes

Anpassungen mehrerer verkehrspolitischer Gesetze haben wir diese Woche in letzter Lesung verabschiedet. Unter anderem werden mit den Gesetzen regelmäßige wöchentliche Ruhezeiten von Kraftfahrern sowie die Aufbewahrungsdauer von Aufzeichnungen über Lenk- und Ruhezeiten geregelt.

Videoüberwachungsverbesserungsgesetz

Nach bisherigem Recht beruht die Zulässigkeit der Videoüberwachung auf der Abwägung, inwieweit schutzwürdige Interessen von Betroffenen überwiegen. Mit unserem Gesetz, das wir nun beschlossen haben, legen wir fest, dass bei der Videoüberwachung von öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen, wie Sportstätten, Einkaufszentren oder Parkplätzen, und Einrichtungen des öffentlichen Personenverkehrs der Schutz von Leben, Gesundheit oder

Freiheit der sich dort befindlichen Personen als ein besonders wichtiges Interesse zu gelten hat.

Weitere Informationen zu dem Thema Videoüberwachung können Sie dem beigefügten Anhang entnehmen.

Und sonst?

Erfreuliche Nachrichten gab es in dieser Woche für die Stadt **Walsrode**. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat eine **Bundesförderung** in Höhe von über 3,5 Millionen Euro für die energetische Sanierung und den Umbau der Stadthalle genehmigt. Die Übergabe des Fördermittelbescheids an die Stadt durch das Bundesumweltministerium ist in den nächsten Monaten zu erwarten. Meinen herzlichen Glückwunsch an die Stadt!

Die **Arbeitsmarktforschung** zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der Dauer der Arbeitslosigkeit existiert. Der Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Holger Schäfer, kommt zu dem Ergebnis, dass eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, wie von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gefordert, falsche Anreize setze und die gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefährde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der Agenda 2010 merklich gebessert. Bei meinem kürzlichen Besuch in der Arbeitsagentur Rotenburg bestätigte mir der Leiter, Oliver Lemke, diesen Trend auch für unseren Wahlkreis. Auch ältere Arbeitnehmer sind jetzt bei drohender Arbeitslosigkeit sehr gut vermittelbar.

In der nächsten Woche...

...besuche ich das Gymnasium Munster zu einem Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des 9. Jahrgangs. Darüber hinaus werde ich beim Kreisschützentag in Rotenburg sein, das Ankunftszenrum in Bad Fallingbostel besuchen und weitere Termine in Buchholz und Neuenkirchen wahrnehmen.

Ihre



Kathrin Rösel MdB